

E-Mail-Newsletter

Nr. 191, 10. Juni 2015

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Am 11. Juli wird die nächste Plenumstagung des Flüchtlingsrats stattfinden, zu der wir Sie herzlich einladen. Das genaue Programm und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung finden Sie auf unserer Homepage. Des Weiteren wollen wir Sie auf unsere spezielle Fortbildungsreihe zur Dublin-Verordnung hinweisen. In jedem Regierungsbezirk bieten wir in der nächsten Zeit eine größere Veranstaltung an. Die Details finden Sie ebenfalls auf unserer Homepage unter Veranstaltungen.

Wie immer wünschen wir eine anregende Newsletter-Lektüre im Dschungel von Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSPOLITIK UND -ARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

01.06.2015 **Baden-Württemberg will Asylverfahren von drei Monaten**

Nach Aussage von Staatskanzleichef Klaus Murawski (Grüne) will die Landesregierung bei der Konferenz der Ministerpräsidenten am 11. Juni eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren voranbringen. Nach der Vorstellung von Baden-Württemberg sollten Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. Im Kalkül der grünroten Landesregierung könnte dies einerseits zu einer frühzeitigeren Integration von anerkannten Flüchtlingen führen, andererseits zur schnelleren Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden. Letzteres trifft sich mit den Forderungen der CDU-regierten Bundesländer.

29.05.2015 Stuttgarter Zeitung: ["Länger als drei Monate soll es nicht dauern"](#)

08.05.2015 **Land verabschiedet Gesamtkonzeption für die Erstaufnahme**

Ende April verabschiedete die Landesregierung ein vom Integrationsministerium ausgearbeitetes Gesamtkonzept für die Erstaufnahme von Flüchtlingen. Dies sieht eine weitere Dezentralisierung vor. Demnach sollen in den vier Regierungsbezirken mindestens jeweils eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) betrieben werden. Die Regierungspräsidien sollen die LEA organisieren und betreiben. Beim RP Karlsruhe sollen jedoch landesweite Funktionen, insbesondere ausländerrechtliche Aufgaben, zentralisiert bleiben. Derzeit gibt es an drei Standorten (Karlsruhe, Meßstetten, Ellwangen) rund 6.000 reguläre Aufnahmeplätze, mit den sog. Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen (BEA), sprich Notunterkünften, insgesamt 9.000 Plätze. Im nächsten Jahr sollen die LEA-Standorte Mannheim, Schwäbisch Hall und Freiburg dazukommen. An jeder LEA soll es eine unabhängige Verfahrens- und Sozialberatung sowie eine Polizeistelle geben.

21.04.2015 Ministerium für Integration: ["Gesamtkonzeption für die Flüchtlingserstaufnahme"](#)

20.05.2015 **Einigung über die Kosten der vorläufigen Unterbringung**

Nach Verhandlungen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände wird die Landesregierung künftig die realen

Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen annähernd ausgleichen. Zwar verläuft die Finanzierung nicht nach dem von den Kommunen bevorzugten System der Spitzabrechnung, sondern weiterhin über Pauschalen. Allerdings werden diese ab sofort je nach Bedarf der Kreise angepasst und der Fehlbetrag im Folgejahr ausgeglichen. Landeswirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) sprach von durchschnittlich 500 Euro Mehrleistungen pro AsylbewerberIn, die nun rückwirkend für das Jahr 2014 anfallen. Bisher gewährte das Land 13.260 Euro pro Flüchtling für sämtliche Ausgaben für Sozialleistungen incl. Gesundheitskosten, Wohnen, Sprachförderung und Verwaltungsaufwand.

- 19.05.2015 Medieninformation Ministerium für Integration BW: ["Flüchtlingspauschalen"](#)

- 19.05.2015 Südwestrundfunk: ["Einigung bei Flüchtlingshilfen"](#)

16.04.2015 **Öney: "Missbrauch des Asylrechts"**

Flüchtlingsrat wirft Integrationsministerin Populismus vor

In einem Interview mit der Südwestpresse behauptete Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD), dass *"man den guten Willen der Bürger nicht mißbrauchen"* dürfe, denn diese *"mögen es nicht, wenn das Asylrecht mißbraucht wird"*. Neben *"konsequenter Rückführung von abgelehnten Antragstellern"* sprach sie sich in diesem Interview erneut für verstärkte Grenzkontrollen und Asyllager außerhalb der EU aus. Für diese Positionen erhielt sie Beifall von der CDU. Der Flüchtlingsrat warf der Integrationsministerin Populismus vor und forderte sie auf, sich um die Aufgaben zu kümmern, für die sie zuständig sei. [Weiterlesen ...](#)

16.04.2015 Südwest Presse (lsw): *„Flüchtlingsrat wirft Öney Populismus vor“*

19.05.2015 **Deutlich mehr Abschiebungen aus Baden-Württemberg**

Im Schatten der allseits staatlich propagierten Willkommenskultur wird die zwangsweise Beendigung des Aufenthalts von Flüchtlingen in Baden-Württemberg deutlich forciert. Während im Jahr 2013 1.055 und im Jahr 2014 1.211 Personen aus BaWü abgeschoben wurden, waren es von Januar bis April bereits 630 Personen. Im Zentrum stehen die Abschiebungen in die Balkanländer. Im zweiwöchigen Abstand finden derzeit Sammelabschiebungen vom Baden-Airpark in das Kosovo statt, im etwa einmonatigen Turnus nach Serbien und Mazedonien. Wie Stuttgarter Flüchtlingsberatungsstellen berichten, haben auch die *"freiwilligen"* Ausreisen nach negativ beendetem Asylverfahren deutlich zugenommen.

17.05.2015 Stuttgarter Zeitung: ["Mehr Flüchtlinge verlassen freiwillig das Land"](#)

15.05.2015 **Härte statt Humanität: Konstanzer Roma-Familien mittlerweile "freiwillig" ausgereist**

Innenministerium lehnte Antrag auf Aussetzung der Abschiebung bis zum Ende des Schuljahrs ab. Ein Beispiel dafür, wie die *„Leitlinien des Innenministeriums für die Rückkehr- und Abschiebepaxis im Land“* sehr eng ausgelegt werden. [Weiterlesen ...](#)

03.06.2015 **Engagement gegen Abschiebungen aus Karlsruhe wächst weiter**

Trotzdem wieder 98 Menschen (davon 32 Kinder) in den Kosovo abgeschoben

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni versuchten erneut ca. 60 KarlsruherInnen zu verhindern, dass Menschen in den Kosovo abgeschoben werden. Ihre Sitzblockade wurde aber sowohl an der LEA, als auch am Baden-Airpark durch einen teils harten Polizeieinsatz aufgelöst. Die Polizei hatte nach Auskunft der DemonstrantInnen die klare Anweisung des Regierungspräsidiums Karlsruhe (RP) erhalten, die Abschiebung durchzuführen. [Weiterlesen ...](#)

- 27.05.15 DIE WELT: *"Behörden beschleunigen Abschiebung" Von 69 abgelehnten Asylbewerbern sind die meisten nur kurz in Deutschland: Polizisten bringen sie in ein Flugzeug nach Pristina. Der Landesflüchtlingsrat kritisiert die nächtliche Abschiebung."*

08.05.2015 **Programm "Gemeinsam in Vielfalt" fördert lokale Bündnisse der Flüchtlingshilfe**

Die Landesregierung will die Lebenssituation von Flüchtlingen durch bürgerschaftliches Engagement verbessern. Dazu fördert sie den Auf- oder Ausbau von lokalen Bündnissen für Flüchtlingshilfe, in denen gemeinsam mit den Flüchtlingen neue Wege des Zusammenlebens entwickelt und erprobt werden. Das Förderprogramm soll dazu beitragen, dass in der gesamten Fläche des Landes Bündnisse für Flüchtlingshilfe existieren. Anträge können allerdings nur von Kommunen / Landkreisen und Liga-Verbandsorganisationen gestellt werden. Bewilligungsbehörde ist das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Antragsfrist ist der **30. Juni 2015**.

Link zum Sozialministerium: [Förderaufruf und Antragsformular \(.doc\)](#)

08.05.2015 Pressemitteilung Sozialministerium: ["Neues Förderprogramm für lokale Bündnisse der Flüchtlingshilfe"](#)

09.05.2015 **35 Frauen werden in Schwäbisch Gmünd aufgenommen**

Bis zum Jahresende sollen im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms bis zu 650 Frauen aus dem Nordirak aufgenommen werden. 83 Personen wurden vom Staatsministerium zum Stand Anfang Mai ausgewählt. Bisher gibt es

in Baden-Württemberg 70 Aufnahmeplätze, davon 35 ab Ende Mai in Schwäbisch Gmünd. Der genaue Unterbringungsort wird geheim gehalten. Die Stadt will "einen geschützten Raum" bieten, wie die Gmünder Tagespost berichtet. - 06.05.2015 Gmünder Tagespost: ["Hilfe für traumatisierte Frauen. Gmünd und der Ostalbkreis nehmen 35 Flüchtlinge aus dem Nordirak auf"](#)

19.05.2015 **"Flüchtlinge bleiben, Pegida vertreiben"**

Über 4.000 Menschen folgten am 17. Mai dem Aufruf des aus 70 Organisationen und Initiativen bestehenden Bündnisses "Für Vielfalt, gegen Rassismus". Sie demonstrierten gegen eine "Pegida"-Kundgebung am Kronprinzplatz in Stuttgart, an der bescheidene 200 Personen teilnahmen. Hinter der Aktion der selbst ernannten Patrioten... stehen unter anderem die OrganisatorInnen derartiger Veranstaltungen in Villingen-Schwenningen und Karlsruhe. Bereits im Januar gab es in Stuttgart eine von 8.000 Menschen besuchte "No-Pegida"-Kundgebung, mit der ein klares Zeichen gesetzt wurde, dass in Stuttgart und dem ganzen Land kein Platz für Rassismus, Hass und Gewalt ist.

19.05.2015 Die Anstifter: Pressemitteilung [„Deutliches Zeichen für Vielfalt – gegen Rassismus“](#)

Berichte über die (lokale) Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg finden Sie hier:

www.fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-bw.html

In aller Kürze:

20.04.2015 [Erste Vorbereitungen für die LEA in Schwäbisch-Hall](#)

30.04.2015 [Landtag fordert Ausweitung der Seenotrettung](#)

06.05.2015 ["Völlig unzureichende Situation" in Waiblinger Unterkunft](#)

06.05.2015 [Die Notunterkunft für Flüchtlinge in Neulingen-Bauschlott ist nicht länger hinnehmbar.](#) Pressemitteilung der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Enzkreis und des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

06.05.2015 [Förderung von Sportvereinen zur Integration von Flüchtlingen](#)

07.05.2015 [Anwohner/innen protestieren gegen geplante Unterkunft in Filderstadt](#)

08.05.2015 [Bald NPD-Geschäftsstelle neben LEA Meßstetten?](#)

21.05.2015 [Razzien in Asylheimen wegen Verdacht auf Drogenhandel - Vorwurf von überharten Polizeieinsätzen](#)

03.06.2015 [Flüchtlingsrat, Pro Asyl und BAG Asyl in der Kirche gemeinsam auf dem Evangelischen Kirchentag in Stuttgart](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN ÜBERREGIONAL

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

11.05.2015 **Flüchtlingsgipfel: Schnellere Asylverfahren, schnellere Abschiebungen**

Der kleine Flüchtlingsgipfel vom 8. Mai im Bundeskanzleramt hatte im Wesentlichen zwei Ergebnisse: 1. Flüchtlinge aus den so genannten "sicheren Herkunftsstaaten" sollen schneller abgeschoben werden. Um dies zu realisieren, ist in der Diskussion, spezielle "Aufnahmezentren" für diese Flüchtlinge zu schaffen und Bundespolizei einzusetzen. 2. Um eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge zu ermöglichen, soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.000 zusätzliche Personalstellen erhalten, 750 Stellen sollen per Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr geschaffen werden.

[Weiterlesen ...](#)

09.05.2015 Pressemitteilung der Rechtsberaterkonferenz: ["Bessere Asylverfahren statt schnellerer Abschiebungen!"](#)

08.05.2015 Pressemitteilung der Flüchtlingsräte: ["Bundesinnenministerium plant ethnische Selektion beim Sprachkurszugang"](#)

18.05.2015 **Psychosoziale Versorgung traumatisierter Flüchtlinge droht wegzubrechen**

Die Finanzsituation der Psychosozialen Zentren (PSZ) ist mehr als prekär, da die für Anfang 2015 zugesicherte

Entscheidung über die EU-Gelder, die eine wichtige Finanzierungsquelle für die PSZ darstellen, immer noch nicht gefallen ist. Zudem sorgt die AsylbLG-Novelle, nach der Asylsuchende ab einer Aufenthaltsdauer von 15 Monaten über die gesetzlichen Krankenkassen versichert sind, aufgrund der fehlenden Kassenzulassung der Zentren für Schwierigkeiten. Vermehrt müssen bereits bewilligte Therapien abgebrochen werden, einigen der Zentren droht vor diesem Hintergrund mittel- bis längerfristig wohl die Schließung. [Weiterlesen ...](#)

01.06.2015 **Bund will Einführung von Gesundheitskarten für Asylsuchende erleichtern**

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei DIE LINKE (BT-Drucksache 18/4758) geht hervor, dass der Bund derzeit gemeinsam mit den Ländern prüft, wie die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende durch mögliche gesetzliche Regelungen erleichtert werden kann. Informationen des Deutschen Ärzteblattes zufolge hat sich auch die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, auf einer Konferenz im April optimistisch gezeigt, dass die Gesundheitskarte für Asylsuchende bundesweit kommt - zumal damit auch Kosten eingespart werden könnten. Bislang sind die Stadtstaaten Hamburg und Bremen die einzigen Bundesländer, die Flüchtlingen eine Chipkarte zur Verfügung stellen. [Weiterlesen ...](#)

15.05.2015 **Wings University: Kostenlose Onlineuniversität für Flüchtlinge**

Die [Wings University](#) bietet international akkreditierte Online-Studiengänge für Flüchtlinge in deutscher und englischer Sprache an. Auf diesem Weg können auch Flüchtlinge ohne Nachweise über Schulabschlüsse studieren - und das noch dazu umsonst. Im Herbst sollen die ersten Kurse starten. [Weiterlesen ...](#)

03.06.2015 **Weiteres Bundesland widerspricht Rechtsauffassung der Bundesregierung zur Geltungsdauer von Verpflichtungserklärungen**

Hat die Flüchtlingsanerkennung syrischer Personen, die über ein Landes- oder Bundesaufnahmeprogramm (§ 23 Abs. 1 und 2 AufenthG) nach Deutschland gekommen sind, zur Folge, dass eine zu ihren Gunsten abgegebene Verpflichtungserklärung erlischt? Nach Niedersachsen bejaht jetzt auch Nordrhein-Westfalen diese Frage. Beide Bundesländer treten damit ausdrücklich der Bundesregierung entgegen, die von einer Fortgeltung der Verpflichtungserklärung im Falle einer Flüchtlingsanerkennung ausgeht. [Weiterlesen ...](#)

03.06.2015 **Bundesverfassungsgericht: Abschiebung besonders schutzbedürftiger Personen nach Italien setzt konkrete Zusicherung bei Erlass der Abschiebungsanordnung voraus**

Seit der „Tarakhel-Entscheidung“ des EGMR ist das BAMF verpflichtet, vor einer Überstellung insbesondere von Familien mit Klein(st-)Kindern nach Italien Garantien von den italienischen Behörden für eine menschenrechtskonforme und familiengerechte Unterbringung einzuholen. In zwei aktuellen Entscheidungen hat sich das BVerfG zu den Anforderungen an diese Garantien geäußert. [Weiterlesen ...](#)

29.05.2015 **Quotensystem light, Militäreinsätze und Resettlement**

Die EU-Kommission stellte am 13.05.2015 ihre neue "Migrationsstrategie" vor. Noch bis Ende Mai soll ein zeitlich befristetes Quotensystem für Flüchtlinge, "*die eindeutig internationalen Schutz in der EU benötigen*", eingeführt werden. Eine Abschaffung der Dublin-Verordnung ist allerdings nicht geplant. Im Rahmen eines neuen Resettlement-Programms sollen ferner 20.000 Flüchtlinge, die sich außerhalb des EU-Territoriums - beispielsweise in den Lagern rund um Syrien - befinden, in EU-Länder umgesiedelt werden. Die Strategie umfasst darüber hinaus die Zerstörung von Flüchtlingsbooten durch EU-Militäreinsätze. Hierfür wäre jedoch ein UN-Mandat erforderlich. [Weiterlesen ...](#)

08.06.2015 **Zahl der Bootsflüchtlinge auf das Doppelte gestiegen**

Nach UNHCR-Angaben haben von Januar bis Mai 2015 fast doppelt so viele Flüchtlinge das Mittelmeer überquert wie in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Insgesamt haben sich ca. 90.000 Menschen auf die gefährliche Reise gemacht, im Vorjahreszeitraum waren es knapp 49.000 Personen gewesen. Bereits 1.850 der Bootsflüchtlinge haben in diesem Jahr ihre Überfahrt nicht überlebt. Nach Italien sind die meisten Bootsflüchtlinge im von der Wirtschaftskrise gebeutelten Griechenland an Land gegangen. Der UNHCR forderte von der EU mehr Unterstützung für Griechenland und stockte sein Personal auf den ägäischen Inseln auf.

07.06.2015 Süddeutsche Zeitung: „[Mittelmeer Marine rettet 3500 Flüchtlinge](#)“

In aller Kürze:

29.04.2015 [BAMF: Kosovo und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären](#)

05.05.2015 [SPD-Präsidium beschließt Grundsatzpositionen zur Flüchtlingspolitik](#)

05.05.2015: ZDF Frontal 21: [Abschiebung nach Bulgarien – Flüchtlinge fürchten Folter](#) (Link zu Mediathek)

07.05.2015 [Bayern: Arbeitsverbot für Balkanflüchtlinge](#)

27.05.2015 [Bertelsmann-Stiftung fordert in einer Studie bessere Arbeitsintegration von Flüchtlingen](#)

29.05.2015 [Lehrerverbände fordern Ausbau der Berufsschulbildung für Flüchtlinge](#)

3. NEUE PUBLIKATIONEN / MATERIALIEN

Pro Asyl (Hrsg.) (Mai 2015): [Herzlich Willkommen – Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann](#)

Leitfaden für ehrenamtliches Engagement Wie können Ehrenamtliche und Kommunen zu einer gelungenen Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beitragen? Wie kommen Flüchtlinge zu Ihrem Recht? Wie können sich Einzelne für dezentralen Wohnraum und für eine bessere Flüchtlingspolitik einsetzen? Wie gelingt die Begegnung auf Augenhöhe? Auf 47 knappen Din-A6-Seiten sind viele praktische Tipps, Anregungen und nützliche Informationen zusammengestellt. Das Heft kann kostenlos auf der Seite des Flüchtlingsrats oder bei Pro Asyl bestellt werden. Das PDF gibt es [hier](#) zum kostenlosen Download.

03.06.2015 [Lehrmaterial: Deutschkurs für Asylsuchende](#)

Der ehrenamtliche Helferkreis Thannhausen (Bayern) hat ein Arbeitsheft konzipiert, das für den Deutschunterricht mit Asylsuchenden eingesetzt werden kann. Weitere Informationen finden Sie im [PDF](#) oder auf der [Internetseite zum Projekt](#).

Willkommenshilfe: Die Stadt Ravensburg hat zusammen mit dem Verein Tavir Willkommenskärtchen und ein Zeigebuch entwickelt, um Flüchtlingen den Start in das neue Lebensumfeld zu erleichtern. [Mehr Informationen auf www.fluechtlingshilfe-bw.de](#)

Joksic,Tijana (PH Freiburg) (2015): [Discrimination of Roma in Serbia](#), Freiburg, 29 S.

In der von der Pädagogischen Hochschule Freiburg herausgegebenen sozialwissenschaftlichen Studie untersucht Tijana Joksic die verschiedenen Facetten alltäglicher und struktureller Diskriminierung von Roma in Serbien. Neben der rechtlichen Lage und der Regierungspolitik wird die Diskriminierung von Roma in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Wohnraum und Sicherheit untersucht. In Fallbeispielen wird die Situation in der autonomen Region Vojvodina und einiger Kommunen beschrieben. Die Studie ist in englischer Sprache. [Studie als PDF](#)

[05.06.2015 Migazin: "Buchtipps zum Wochenende: Im Namen der Menschlichkeit. Rettet die Flüchtlinge."](#)

Heribert Prantl hat ein leidenschaftliches Plädoyer geschrieben – gegen die Abschottung Europas und für ein radikales Umdenken in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

4. VERANSTALTUNGSHINWEISE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage

Montag, 15. Juni 2015, 18 Uhr, Alte Seegrasspinnerei (KulturKantine), Plochinger Str. 14, 72622 Nürtingen

Informationsabend zur Situation der Flüchtlinge (Roma) aus den "sicheren Herkunftsstaaten" des Westbalkans

Referent: Jovica Arvanitelli von der Sozialen Beratungsstelle für Roma des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg in Mannheim.

15. und 17. Juni: [Protestaktionen in Müllheim](#)

Erneut sollen aus Müllheim (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) mehrere afrikanische Flüchtlinge aufgrund der Dublin-Verordnung nach Italien abgeschoben werden. Der Friedensrat Müllheim ruft deswegen zu Protestaktionen am späten Abend des 15. und 17. Juni auf. Nähere Informationen: Friedensrat Müllheim, Tel. 07631 / 93 18 564 oder 0157 / 76 30 39 37. www.friedensrat.org

Fr, 19.06.2015 ab 17 Uhr, Gundelfingen, Festhalle

Flüchtlinge in Gundelfingen. Vorträge, Informationsstände und Abschlussforum zur Aufnahme, Betreuung und Unterstützung von Flüchtlingen in Gundelfingen und im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. U.a. mit einem Vortrag von Julian Staiger (Flüchtlingsrat BW).

Veranstalter: Bürgermeisteramt Gundelfingen. Mehr Informationen: www.gundelfingen.de

Do, 18.06.2015, 19:00 Uhr, PH Freiburg, KH, 5 Raum 103

Diskriminierung von Roma in Serbien – Diskriminacija Roma u Srbiji

Tijana Joskic, Juristin und Menschenrechtsaktivistin, engagiert sich im 'Roma Children's Center' in Novi Sad. Sie verfügt über umfassende Kenntnisse zur Situation von Roma und zu ihrer alltäglichen und strukturellen Diskriminierung. In ihrem Vortrag wird sie zur aktuellen Situation von Roma in Serbien berichten und damit aufzeigen, was die Einordnung als 'Sicherer Herkunftsstaat' für Roma bedeutet, die nach Serbien abgeschoben werden. Der Vortrag wird in serbischer Sprache gehalten und auf deutsch übersetzt.

Veranstalter: Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung

Sa, 20. Juni 2015, 20:00 Uhr, Club Voltaire, Haaggasse 26 b, 72070 Tübingen

Film zum "Welttag des Flüchtlings": La Piroge mit Vortrag von Refugio Tübingen

Veranstalter: Club Voltaire Tübingen

Do, 2. Juli 2015, 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr, im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart

Fachtag für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in der Flüchtlingsarbeit

Veranstalter: Diakonisches Werk Württemberg. [Veranstaltungsprogramm als PDF](#)

Samstag, 11. Juli 2015, 9.30 Uhr bis 17 Uhr, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12, Stuttgart

Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. [Link zu Programm und Anmeldemöglichkeit](#)

Sa, 01.08.15 in Freiburg / Fr, 25.09.15 in Mannheim / Fr, 23.10.2015 in Stuttgart / Sa, 24.10.15 in Reutlingen

Fortbildung: Dublin III-Verordnung - was tun?

Referentin: Dr. Ines Welge (Hessischer Flüchtlingsrat, Diakonisches Werk Hessen) Mehr Informationen: [Programm und Online-Anmeldung](#)

Veranstalter: Flüchtlingsrat BW.

Interkulturelle Woche vom 27.09. bis 03.10.

Unter dem Motto "Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt" steht die diesjährige interkulturelle Woche vom 27. September bis 3. Oktober. Der Tag des Flüchtlings am 27. September steht unter dem Motto "refugees welcome". Unter www.interkulturellewoche.de können Materialien bestellt und Veranstaltungen angemeldet werden.

Weitere auch lokal bezogene Veranstaltungen finden Sie hier: <http://fluechtlingsrat-bw.de/veranstaltungen.html>

In eigener Sache:

Neuaufgabe der Kontaktadressenbroschüre für die Flüchtlingsarbeit in BW

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg möchte noch im 1. Halbjahr 2015 eine Neuaufgabe der Kontaktadressenbroschüre für die Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg herausbringen. Auf der [Homepage des Flüchtlingsrats](#) können Sie überprüfen, ob Ihre Adresse bereits veröffentlicht ist oder nicht. **Falls Ihre Adresse darin bisher nicht veröffentlicht ist und Sie eine Veröffentlichung wünschen, bitten wir Sie, bis spätestens zum 30.6.2015 Ihre Kontaktdaten in folgendem Formular einzutragen: [zum Onlineformular](#)**

Bedarf an einer Fortbildung für die Flüchtlingsarbeit?

Beim Flüchtlingsrat können Sie ReferentInnen für Informationsveranstaltungen und Fortbildungen/Qualifizierungen im Bereich des Asylrechts und der Flüchtlingsarbeit anfragen. Vor allem im Rahmen unserer EU-geförderten Projekte haben wir Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und praktisch durchgeführt. Derzeit werden die von uns angebotenen Fortbildungen insbesondere über Fördermittel des Landes Baden-Württemberg unterstützt. Bitte melden Sie sich in unserer [Geschäftsstelle](#), wenn Sie Interesse an einer Veranstaltung oder Fortbildung haben. Nähere Informationen finden Sie hier: <http://aktiv.fluechtlingsrat-bw.de/fortbildungsangebot.html>

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

AutorInnen der Beiträge: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Johannes Moll, Julian Staiger.

Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Manfred Budzinski

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Integration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelischen Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.